



Luzern, 22. Januar 2010

**Anfrage
zur Kürzung des Staatsbeitrag an die Luzerner Psychiatrie (Lups) im Rahmen
des Entlastungspaket 2011**

Der Regierungsrat beabsichtigt im Planungsbericht über Massnahmen zur Entlastung des Kantons und der Gemeinden ab 2011 (Entlastungspaket 2011) bei der Luzerner Psychiatrie (Lups) das prognostizierte Wachstum zu kürzen. Er begründet diese Kürzung mit den düsteren kantonalen Finanzperspektiven und mit dem Handlungsspielraum der Lups.

Aus der Botschaft ist nicht ersichtlich was für Auswirkungen die Sparmassnahmen auf den Betrieb haben werden. Es ist auch nicht ersichtlich, wo das Leistungswachstum gebremst werden soll.

Deshalb bitten wir den Regierungsrat zur Beantwortung folgender Fragen:

1. Die Behandlungs- und Betreuungsmodelle für psychisch erkrankte Erwachsene, Kinder und Jugendliche können im Kanton Luzern als fortschrittlich, modern und innovativ angesehen werden. Was für Auswirkungen hat die Kürzung des Staatsbeitrages auf die Qualität der zu behandelnden Patienten?
2. Beabsichtigt die Lups-Leitung einzelne Leistungen zu streichen oder zu kürzen, um die Budgetvorgaben einzuhalten?
3. Allgemein ist festzustellen, dass mehr Menschen an psychischen Störungen leiden. Folglich ist mit einem Mehraufwand auch in Zukunft zu rechnen. Wie wertet der Regierungsrat dieses Faktum, wenn gleichzeitig der Staatsbeitrag gedrosselt wird?
4. Das Gesundheitswesen hat generell Schwierigkeiten genügend gut ausgebildetes Fachpersonal zu rekrutieren. Die Attraktivität des Pflegeberufes und Arztberufes sowie die Attraktivität des Arbeitgebers sind entscheidende Faktoren, um diese Situation zu verbessern. Dazu gehören fortschrittliche Arbeitsmodelle, gute Weiterbildungsmöglichkeiten, usw. aber auch konkurrenzfähige Löhne.
5. Ist damit zu rechnen, dass die Löhne des Fachpersonals stagnieren und dass die strukturelle Lohnmassnahmen weiterhin nicht vollumfänglich umgesetzt werden können und die Teuerung nicht ausgeglichen werden kann?

Lotti Stadelmann Eggenschwiler